

Unternehmen / Opel / Länder / ZUS

Zusammenfassung 14:19 Uhr

Vier Bundesländer stellen sich hinter deutsche Opel-Werke

**Ministerpräsidenten von NRW, Rheinland-Pfalz, Hessen und Thüringen:
"Wir werden die deutschen Standorte nicht auseinander dividieren lassen"
(durchgehend neu)**

Mainz (dapd-hes). Die Ministerpräsidenten der vier deutschen Bundesländer mit Opel-Werken haben ein Warnsignal an die US-Konzernmutter General Motors gesendet. Hannelore Kraft (Nordrhein-Westfalen, SPD), Kurt Beck (Rheinland-Pfalz, SPD), Volker Bouffier (Hessen, CDU) und Christine Lieberknecht (Thüringen, CDU) "stehen gemeinsam hinter den deutschen Opel-Standorten und stärken den Belegschaften in Bochum, Kaiserslautern, Rüsselsheim und Eisenach den Rücken", wie es in einer von der Mainzer Staatskanzlei verbreiteten Erklärung heißt. Die Ministerpräsidenten hätten ihre Haltung am Freitag am Rande der Bundesratssitzung in Berlin abgestimmt.

Die vier Regierungschefs fordern gemeinsam die GM-Führung dazu auf, die globalen Märkte für die Marke Opel zu öffnen. "Wir werden die deutschen Standorte nicht auseinander dividieren lassen", heißt es in der gemeinsamen Erklärung.

Kraft, Lieberknecht, Beck und Bouffier erklärten übereinstimmend, dass sie die Sorgen der Beschäftigten sehr gut verstehen könnten und sehr ernst nähmen. "Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter produzierten in allen deutschen Werken Fahrzeuge und Fahrzeugteile von sehr hoher Qualität. Der Opel-Standort Deutschland dürfe von der amerikanischen Mutter nicht länger in Frage gestellt werden", heißt es weiter.

Die Wirtschaftsminister der betroffenen Länder führen demnach Gespräch zu Opel. Sie fordern Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler auf, Verantwortung zu übernehmen, die Position der deutschen Opel-Länder zu unterstützen und sich bei GM für die Öffnung der Märkte stark zu machen. Das Thema Opel werde auch auf der Tagesordnung der nächsten Wirtschaftsministerkonferenz am 4. Juni auf Schloss Krickenbeck in Nordrhein-Westfalen stehen.